



6 St 7/20

Strafverfahren gegen
Muharrem D...

wegen
des Verdachts des versuchten Mordes u.a.

Verfügung vom 2. Februar 2021

Der Beginn der Hauptverhandlung gegen den Angeklagten Muharrem D... vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts München ist für Donnerstag, den 2. März 2021 um 09:15 Uhr im Sitzungssaal A101 in der Nymphenburger Straße 16, 80335 München, vorgesehen. Es sind 44 Sitzungstage bis 31. August 2021 geplant.

Aufgrund des zu erwartenden öffentlichen Interesses ordne ich zur Sicherung eines ordnungsgemäßen Ablaufs der Hauptverhandlungstermine folgendes an:

I. Sitzungssaal, Öffentlichkeit

1. Die Hauptverhandlung wird im Sitzungssaal A101 in der Nymphenburger Str. 16, 80335 München stattfinden. Auf die angefügte Sitzungsliste wird Bezug genommen. Etwaige Änderungen werden rechtzeitig durch Aushang bekanntgemacht.
2. Die Sitzungen beginnen jeweils um 09:15 Uhr, sofern nicht im Einzelfall etwas anderes verfügt wird. Änderungen werden rechtzeitig durch Aushang bekanntgemacht.
3. Die Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich (§ 169 Abs. 1 Satz 1 GVG).

II. Allgemeine sitzungspolizeiliche Anordnungen

Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit des Angeklagten sowie der übrigen Verfahrensbeteiligten und zur störungsfreien Abwicklung der Hauptverhandlung wird gemäß § 176 GVG angeordnet:

1. Allen Personen, die Zutritt zum Sitzungssaal haben, ist das Mitführen von Waffen und Gegenständen, die geeignet sind, zur Störung der Hauptverhandlung verwendet zu werden, im Sitzungssaal untersagt.

2. Zur Sicherung des Aufzeichnungsverbotes nach § 169 Abs. 1 Satz 2 GVG und der Ordnung vor dem Sitzungssaal sind außerhalb des Sitzungssaales Absperrgitter und Sichtblenden aufzustellen. Innerhalb des so gekennzeichneten Sicherheitsbereichs sind weder Ton-, Film- und Bildaufnahmen noch Gespräche (Interviews) zulässig. Den Anordnungen der Justizbediensteten und der zur Unterstützung zugezogenen Polizeibeamten ist Folge zu leisten.

3. Es wird eine Zugangskontrolle angeordnet. Dieser haben sich
 - Zuhörer,
 - Medienvertreter,
 - sowie Verteidiger, Nebenklagevertreter, Nebenkläger, Dolmetscher, Sachverständige und Zeugenzu unterziehen.

4. Verteidiger, Nebenklagevertreter, Nebenkläger, Dolmetscher, Sachverständige, Zeugen, Zuhörer, und Medienvertreter müssen sich bei der Einlasskontrolle mit einem gültigen amtlichen Personalausweis oder Reisepass bzw. die Verteidiger mit einem gültigen Ausweis der Rechtsanwaltskammer ausweisen, ausländische Staatsangehörige mit einem entsprechenden gültigen Ausweispapier.

Sollten sich Verteidiger, Nebenklagevertreter, Nebenkläger, Dolmetscher, Sachverständige oder Zeugen nicht ausweisen können, ist vor Versagung des Zutritts der Vorsitzende zu verständigen.

5. Die akkreditierten Medienvertreter, Fotografen und Kamerateams haben sich zusätzlich durch den Akkreditierungsausweis zu legitimieren.

6. Nach Vorzeigen der Ausweispapiere sind Verteidiger, Nebenklagevertreter, Nebenkläger, Dolmetscher, Sachverständige und Zeugen sowie Zuhörer und Medienvertreter durch Abtasten der Kleidung und Durchsicht der Behältnisse – auch unter Zuhilfenahme eines Metalldetektors, einer Metalldetektorschleuse sowie eines Durchleuchtungsgeräts – auf Waffen und Gegenstände zu durchsuchen, die geeignet sind, zur Störung der Hauptverhandlung verwendet zu werden. Bei der Durchsichtung sind Mäntel und Jacken stets abzulegen. Auf Verlangen des Kontrollpersonals sind auch Pullover, Gürtel und Schuhe auszuziehen und Taschen zu entleeren. Verbleibt nach der Durchsichtung der begründete Verdacht, dass verbotene Gegenstände mitgeführt werden, dürfen Durchsuchungen auch am Körper vorgenommen werden.

Für Verteidiger und Nebenklagevertreter gilt folgende Einschränkung: Das Ausziehen von Pullover, Gürtel und Schuhen darf erst verlangt werden, wenn ein „Anschlagen“ der Metalldetektoren nicht anders abgeklärt werden kann. Ein Abtasten der Kleidung und ggf. eine körperliche Durchsichtung finden erst statt, wenn sämtliche vorhergehende Maßnahmen nicht zur Entkräftung des begründeten Verdachts, dass verbotene Gegenstände mitgeführt werden, geführt haben.

Die Kenntnisnahme vom Inhalt bei der Durchsichtung vorgefundener Schriften und Aktenteile ist untersagt.

7. Mitgebrachte Gegenstände, die geeignet sind, zur Störung der Hauptverhandlung verwendet zu werden, sind in Verwahrung zu nehmen; sie werden auf Anforderung bei Verlassen des Sitzungssaalbereichs, spätestens am Ende des Sitzungstages, wieder ausgehändigt.

Von Zeugen und Zuhörern mitgebrachte Funkgeräte, Mobiltelefone, Computer, Fotos- und Filmapparate, sowie Geräte, die der Ton- und/oder Bildaufnahme und/oder -wiedergabe dienen, sind zu hinterlegen; sie werden auf Anforderung bei Verlassen des Sitzungssaalbereichs, spätestens am Ende des Sitzungstages, wieder ausgehändigt.

Über Ausnahmen entscheidet der Vorsitzende im Einzelfall.

Für akkreditierte Medienvertreter gilt die Regelung unter Ziff. II. 11.

8. Die Zuhörer – mit Ausnahme der akkreditierten Medienvertreter - haben ihre Ausweispapiere an der Zugangskontrolle einem Justizbediensteten zum Zwecke der Anfertigung von Ablichtungen auszuhändigen. Die Ausweise werden nach Anfertigung der Kopien den Zuhörern zurückgegeben.

Die Ausweise werden zur Identifizierung etwaiger Störer abgelichtet. Personaldaten dürfen nicht gespeichert oder listenmäßig erfasst werden. Die Ablichtungen sind unverzüglich dem Vorsitzenden oder dem von ihm hierfür bestimmten Beisitzer auszuhändigen. Sofern sie zu dem vorgenannten Zweck nicht mehr benötigt werden, werden sie spätestens an dem auf den Sitzungstag folgenden Werktag vernichtet. Eine Verwendung der Ablichtungen zu anderen Zwecken als zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung der Hauptverhandlung bzw. zur Verfolgung von Störungen ist untersagt.

9. Zuhörern, die sich nicht in der vorgeschriebenen Weise ausweisen und/oder sich weigern, ihre Ausweise ablichten zu lassen und/oder sich gemäß Ziffer 6 durchsuchen zu lassen und/oder beanstandete Gegenstände in Verwahrung zu geben, ist der Zutritt zu versagen.
10. Verteidiger, Nebenklagevertreter, Nebenkläger, Sachverständige und Dolmetscher dürfen Taschen und Laptops/Tablets sowie Mobiltelefone in den Sitzungssaal mitbringen.

Telefonieren ist im Sitzungssaal nicht gestattet; Mobiltelefone sind vor Sitzungsbeginn auszuschalten.

11. Medienvertreter, die sich ausgewiesen haben, dürfen Laptops/Tablets sowie Mobiltelefone in den Sitzungssaal mitbringen, soweit es die räumlichen Verhältnisse gestatten.

Telefonieren ist im Sitzungssaal nicht gestattet; Mobiltelefone sind vor Sitzungsbeginn auszuschalten.

Laptops/Tablets dürfen **nur im Offline-Betrieb** verwendet werden. Die Mitnahme von Laptops/Tablets mit mobilen Routern und die Mitnahme von separaten Routern ist nicht gestattet. Bild- und Filmaufnahmen sind auch mit diesen Geräten nicht gestattet.

12. Die Mitglieder des Gerichts, die Vertreter des Generalbundesanwalts, die Protokollführer und die dem Senat und dem Generalbundesanwalt zugeordneten Justizbediensteten sowie die Amtshilfe leistenden und ggf. zum Schutz gefährdeter Personen eingesetzten Polizeibeamten werden nicht durchsucht.

Das gilt auch für von diesen Personen mitgeführte Taschen und Behältnisse.

III. Besondere Bestimmungen zur Vermeidung von Infektionen mit dem Erreger SARS-CoV-2

1. Im Zuhörerbereich des Sitzungssaals wie auch im Sicherheitsbereich um den Sitzungssaal ist stets (also vor Beginn, während und nach Ende der Sitzung) eine FFP2-Maske bzw. eine Maske mit mindestens gleichwertigem genormten Standard oder eine medizinische Gesichtsmaske (sog. OP-Maske), jeweils mit CE-Kennzeichnung, zu tragen.

2. Zuhörer und Medienvertreter haben im Sitzungssaal und dem Sicherheitsbereich stets einen Abstand von 1,5 m zu anderen Personen einzuhalten.
3. Nach dem aktuellen Hygieneplan stehen im Zuschauerbereich des Sitzungssaals **dreizehn** Sitzplätze für die Saalöffentlichkeit zur Verfügung, von denen **sechs** Sitzplätze für Journalisten reserviert werden.
Es dürfen ausschließlich die als solche gekennzeichneten Sitzplätze benutzt werden. Die dazwischen liegenden Plätze haben zur Einhaltung des Sicherheitsabstandes von 1,5 m frei zu bleiben, ihre Benutzung ist untersagt.
4. Die Verfahrensbeteiligten sowie Dolmetscher, Zeugen und Sachverständige haben zur Einhaltung eines Sicherheitsabstandes von 1,5 m die ihnen zugewiesenen Plätze im Sitzungssaal einzunehmen.
5. Die Richter einschließlich des Ergänzungsrichters, Protokollführer, Wachtmeister, Vorführbeamten, Verfahrensbeteiligten, Dolmetscher, Zeugen und Sachverständigen sind – mit Ausnahme der verfahrensbezogenen Kommunikation - im Sitzungssaal wie auch im Sicherheitsbereich um den Sitzungssaal ebenfalls zum Tragen einer FFP2-Maske bzw. einer Maske mit mindestens gleichwertigem genormten Standard oder einer medizinischen Gesichtsmaske (sog. OP-Maske), jeweils mit CE-Kennzeichnung, verpflichtet.
Für die Dauer der Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen entscheidet der Vorsitzende im Einzelfall.

IV. Zulassung der Journalisten

1. Akkreditierte Journalisten erhalten gem. Ziffer **VI. 2.** bevorzugten Zutritt zu den für Medienvertreter reservierten **sechs** Sitzplätzen im Zuhörerbereich des Sitzungssaals A101.

Alle an einer Teilnahme an der Hauptverhandlung interessierten Medienvertreter, Fotografen und Kamerateams werden gebeten, sich per E-Mail unter Übermittlung eines gültigen Presseausweises bzw. Ausweises einer Rundfunk- oder Fernsehanstalt im Sinne des Pressegesetzes und/oder eines Referenzschreibens (Beschäftigungs- oder Auftragsbestätigung) eines solchen Unternehmens oder eines sonstigen Nachweises ihrer journalistischen Tätigkeit bei der Pressestelle des Oberlandesgerichts München unter

<https://formularserver.bayern.de/akkreditierung>

für „Waldkraiburg“ zu akkreditieren.

Auf anderen Wegen eingehende Akkreditierungsgesuche können **nicht berücksichtigt** werden und werden auch nicht weitergeleitet. Die Akkreditierungsfrist beginnt am

Montag, den 08.02.2021 um 12.00 Uhr (MEZ)

und endet am

Mittwoch, den 10.02.2021 um 12.00 Uhr (MEZ).

Akkreditierungsgesuche, die vor Beginn oder nach Ablauf der Frist eingehen, können **nicht berücksichtigt** werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Nachakkreditierung von Journalisten auch bei längerer Dauer des Verfahrens nicht möglich ist.

2. Zugelassene Medienvertreter, Fotografen und Kamerateams erhalten einen Akkreditierungsausweis, der den jeweiligen Namen und den Namen des vertretenen Mediums aufführt. Die Akkreditierungsausweise haben akkreditierte Journalisten an den Termintagen sichtbar bei sich zu führen. Auf Verlangen sind die Ausweise den Mitarbeitern der Justizwachtmeisterei vorzuzeigen.

3. Die Durchführung des Akkreditierungsverfahrens obliegt der Pressestelle des Oberlandesgerichts München.

V. Presse, Funk und Fernsehberichterstattung

1. Ton-, Film- und Bildaufnahmen sind nur akkreditierten Fotografen und Kamera-teams jeweils 15 Minuten vor dem angesetzten Beginn der Sitzung im ausgewiesenen Bereich des Gerichtssaals gestattet. Die Nutzung von Stativen im Sitzungssaal ist aus Platzgründen nicht möglich. Außerhalb dieses Bereichs dürfen keine Ton-, Bild- und Filmaufnahmen gefertigt werden; insbesondere im Zuschauerraum sind keine derartigen Aufnahmen gestattet. Die Aufnahmen im ausgewiesenen Bereich des Gerichtssaals sind mit dem Aufruf der Sache zu beenden.

2. Es werden vier Medienpools gebildet:
 - a) Von den akkreditieren Fernsehvertretern werden als Poolführer zwei Fernsehteams (bestehend aus maximal 2 Personen mit jeweils einer Kamera) und zwar ein öffentlich-rechtlicher und ein privat-rechtlicher Sender zugelassen.
 - b) Von den akkreditierten Vertretern der Presseagenturen wird als Poolführer jeweils ein Fotograf von maximal zwei akkreditierten Presseagenturen zugelassen.
 - c) Von den akkreditierten freien Fotografen werden als Poolführer vier Fotografen zugelassen.

3. Melden sich mehr Filmteams und/oder Fotografen an, als Plätze im jeweiligen Medienpool zur Verfügung stehen, ist Voraussetzung für eine Zulassung, dass im Akkreditierungsgesuch die Bereitschaft zur Übernahme der Poolführerschaft erklärt wird.

4. Die Poolführer haben sich schriftlich zu verpflichten, das Bildmaterial ihren Konkurrenzunternehmen auf Anforderung zu überspielen oder zur Verfügung zu stellen.
5. Die Bestimmung der Poolführer bleibt einer Einigung der interessierten Presseorgane bzw. Fernsehanstalten überlassen. Die Absprache im Einzelnen obliegt den interessierten Anstalten, Redaktionen, Agenturen und Journalisten.
Falls keine einvernehmliche Lösung gefunden wird, trifft der Vorsitzende die Auswahl.
6. Bei der Positionierung der Kameras und während der Aufnahmen ist den Anweisungen der Mitarbeiter der Pressestelle und der Wachtmeister Folge zu leisten. Der Aufenthalt hinter der Richterbank und das Filmen von Akten ist nicht gestattet.
7. Mit Bild- und Tonaufzeichnungen des Spruchkörpers sowie der Protokollführer außerhalb des Sitzungssaals besteht kein Einverständnis.
8. Bild- und Filmaufnahmen des Angeklagten sowie von Nebenklägern und Zeugen sind zu anonymisieren, es sei denn, es wurde von ihnen ausdrücklich das Einverständnis zu einer abweichenden Verfahrensweise erklärt. Im Übrigen sind die Persönlichkeitsrechte der Prozessbeteiligten, insbesondere des Angeklagten sowie der Nebenkläger und Zeugen, in eigener Verantwortung zu wahren.
9. **Während sämtlicher Sitzungen sind Ton-, Film- und Bildaufnahmen untersagt (§ 169 Abs. 1 Satz 2 GVG).**

VI. Platzvergabe

1. Am ersten Verhandlungstag erhalten Zuhörer und Medienvertreter/Journalisten ab 7:30 Uhr Einlass in den geöffneten Sitzungssaal.

An allen weiteren Sitzungstagen erhalten Zuhörer und Medienvertreter/Journalisten jeweils eine Stunde vor Beginn der Sitzung Einlass in den geöffneten Sitzungssaal.

2. Die reservierten Plätze, die als solche jeweils gekennzeichnet sind, werden in der Reihenfolge ihres Eintreffens vergeben wie folgt:
 - in erster Linie für akkreditierte Journalisten in der Reihenfolge ihres Erscheinens. Soweit bereits ein akkreditierter Redakteur/Journalist eines Medienunternehmens im Sitzungssaal einen reservierten Platz erhalten hat, werden weitere Vertreter dieses Medienunternehmens nur nach Maßgabe von Ziffer VI.4. eingelassen.
 - in zweiter Linie für Medienvertreter nach VI. 5.
 - und sodann für sonstige Zuhörer.

3. Zuhörer werden in der Reihenfolge ihrer Ankunft vor dem Sitzungssaal eingelassen. Es dürfen nur so viele Zuhörer eingelassen werden, wie Sitzplätze für Zuhörer vorhanden sind. Ein Sitzplatz darf nicht mit zwei Zuhörern besetzt werden. Freiwerde Sitzplätze sind unverzüglich weiteren Zuhörern zur Verfügung zu stellen, die noch Einlass begehren. Medienvertreter, die nicht in dem für sie reservierten Bereich Platz gefunden haben, werden wie Zuhörer eingelassen.

4. Soweit ein akkreditierter Redakteur/Journalist eines Medienunternehmens bereits in den Sitzungssaal einen reservierten Platz erhalten hat, können weitere Vertreter – in der Reihenfolge ihres Erscheinens - vorgelassen werden, wenn 15 Minuten vor Beginn der Sitzung noch reservierte Plätze frei sind.

5. Im Anschluss erhalten nicht akkreditierte Medienvertreter in der Reihenfolge ihres Erscheinens Zutritt auf die reservierten Plätze, sofern sie ihre journalistische Tätigkeit ausreichend nachweisen können (z.B. durch Vorlage eines gültigen Presseausweises bzw. Ausweises einer Rundfunk- oder Fernsehanstalt im Sinne des

Pressegesetzes und/oder eines Referenzschreibens), wenn 15 Minuten nach Beginn des Einlasses noch reservierte Plätze frei sind.

In Zweifelsfällen entscheidet des Vorsitzende.

6. Zuhörer können in den für die Medienvertreter reservierten Bereich eingelassen werden, falls dort 5 Minuten vor Beginn der Hauptverhandlung weniger Medienvertreter Einlass begehrt haben als Plätze vorhanden sind.
7. Während der Sitzungspausen, die für länger als **15 Minuten** angeordnet werden, und nach dem Ende der Sitzung haben Zuhörer und Medienvertreter/Journalisten den Sitzungssaal zu verlassen. Sofern sie ihren Sitzplatz unmittelbar nach der Sitzungspause wieder einnehmen, verlieren sie nicht den Anspruch hierauf.
8. Ein freiwerdender Sitzplatz kann neu belegt werden. Reservierungen jeder Art sind nicht statthaft.
9. Personen, die keinen Sitzplatz gefunden haben, müssen den Sitzungssaal vor Beginn der Sitzung verlassen.

VII. Sitzungspolizei und Ordnung während der Sitzung

1. Die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung (Sitzungspolizei) obliegt dem Vorsitzenden. Seinen Anordnungen ist Folge zu leisten (§§ 176, 177 GVG).

Seine Befugnisse erstrecken sich

- in örtlicher Hinsicht auf den Sitzungssaal und auf die dem Sitzungssaal vorgelagerten Räume, also auch auf den Zugang zum Sitzungssaal,

- in zeitlicher Hinsicht auf die Sitzung, wozu auch die Sitzungspausen, während welcher der Senat an der Gerichtsstelle bleibt, sowie die Zeitspannen vor und nach der Sitzung gehören, an denen sich die Beteiligten oder Zuhörer einfinden bzw. entfernen und
- in persönlicher Hinsicht auf alle Personen, die sich während der angegebenen Zeiten in den genannten Bereichen aufhalten.

2. Innerhalb des aufgezeigten örtlichen, zeitlichen und persönlichen Rahmens wird das Hausrecht durch die Sitzungspolizei verdrängt.

3. Im Übrigen gilt die Hausordnung des Strafjustizzentrums München.

4. Das Hausrecht wird ausgeübt von

Herrn Leitenden Oberstaatsanwalt Hans Kornprobst

Telefonnummer: 089-5597-4800 (Vorzimmer)

5. Diese Verfügung wird über die Homepage des Oberlandesgerichts München veröffentlicht. Anschließend wird sie Medienvertretern, die in den E-Mail-Verteilern der Pressestelle des Oberlandesgerichts München verzeichnet sind, als E-Mail-Anhang übermittelt.

VIII.

In Zweifelsfällen oder wenn ein Verfahrensbeteiligter oder Zuhörer geltend macht, durch den Vollzug der angeordneten Maßnahmen in seinen Rechten beeinträchtigt zu sein, ist die Entscheidung des Vorsitzenden einzuholen.

Gründe:

1. Zu Ziffern II., VII., VIII.

- a) Die allgemeinen sitzungspolizeilichen Anordnungen dienen der Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung (§ 176 GVG). Sie sind erforderlich, um einen störungsfreien Ablauf des Verfahrens zu gewährleisten. Die Anordnungen dienen insbesondere der Sicherheit des Angeklagten und der übrigen Verfahrensbeteiligten.
- b) Der abgesperrte Durchgangsbereich vor dem Sitzungssaal, in dem sich das Durchleuchtungsgerät, die Detektorschleuse und die Durchsuchungskabinen befinden, dient ausschließlich der reibungslosen Durchführung der angeordneten Sicherheitskontrollen.
- c) Die Nutzung von elektronischen Geräten mit Internetzugang wird auf die Nutzung im Offlinebetrieb beschränkt (II.11.). Dem liegen folgende Erwägungen zugrunde:
Die Möglichkeit des mobilen Zugangs zum Internet sowie damit einhergehend zur zeitnahen Einstellung von Bildern und Texten eröffnet eine quasi Live-Berichterstattung aus Gerichtssälen, ohne dass Kamerateams im Gerichtssaal optisch in Erscheinung treten. Diese Form der (medialen) Berichterstattung unterfällt zwar nicht dem Verbot des § 169 Abs. 1 S. 2. StPO (vgl. MüKoStPO/Kulhanek, 1. Aufl. 2018 Rn. 50, GVG § 169 Rn. 50). Denn nach der Gesetzesbegründung zur Einführung des § 169 GVG werden von der Regelung nicht erfasst die Wortberichterstattung durch die Presse, ferner Bild- und Tonaufnahmen, die nicht Filmaufnahmen sind oder nicht durch den Ton- oder Fernsehrundfunk gesendet werden sollen, sowie das Zeichnen (BT-Drs. IV/178, 45). Für jede Berichterstattung, die nicht unter das Verbot des § 169 Abs. 2 und 3 GVG fällt, gelten aber weiterhin die Beschränkungen, die sich aus der Sitzungspolizei (§ 176 GVG), insbesondere den in Gesetz und Rechtsprechung anerkannten Grundsätzen über das allgemeine Persönlichkeitsrecht ergeben. (Bt-Drs a.a.O.).
Eine Berichterstattung aus der Verhandlung in Form eines Live-Blogs würde zu einem Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Verfahrensbeteiligten und der Zeugen führen, die nicht durch das Informations- und Verbreitungsinteresse der Medienschaffenden zu rechtfertigen ist. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht vermit-

telt dem Angeklagten zwar keinen generellen Anspruch darauf, das Strafverfahren unbeobachtet und „in aller Stille abwickeln“ zu können und sich dadurch vollständig der medialen Öffentlichkeit und der damit einhergehenden sozialen Missbilligung durch sein Umfeld zu entziehen. Straftaten gehören vielmehr zum Zeitgeschehen, dessen Vermittlung in den Aufgabenbereich der Presse fällt (Paschke/Berlit/Meyer/Kröner, Hamburger Kommentar Gesamtes Medienrecht, EMRK Art. 8 Rn. 44, beck-online). Allerdings ist bei der Art der Berichterstattung darauf zu achten, dass das Persönlichkeitsrecht des Angeklagten nicht übermäßig eingeschränkt wird.

Ob ein Live-Blog aus dem Gerichtssaal zu einer nicht mehr hinzunehmenden Einschränkung der Persönlichkeitsrechte von Verfahrensbeteiligten, insbesondere des Angeklagten führt, ist im Wege einer Abwägung des Rechts des Angeklagten auf Schutz seiner Persönlichkeit und Achtung seines Privatlebens aus dem in Art. 1 I, 2 I GG, Art. 8 I EMRK mit dem in Art. 5 I GG, Art. 10 EMRK verankerten Recht der Presse auf Meinungs- und Medienfreiheit zu entscheiden. Wegen der Eigenart des Persönlichkeitsrechts als eines Rahmenrechts liegt seine Reichweite nicht absolut fest, sondern muss erst durch eine Abwägung der widerstreitenden grundrechtlich geschützten Belange bestimmt werden, bei der die besonderen Umstände des Einzelfalls sowie die betroffenen Grundrechte und Gewährleistungen der Europäischen Menschenrechtskonvention interpretationsleitend zu berücksichtigen sind. Der Eingriff in das Persönlichkeitsrecht ist nur dann rechtswidrig, wenn das Schutzinteresse des Betroffenen die schutzwürdigen Belange der anderen Seite überwiegt (vgl. BGH GRUR 2013, 965 Rn. 17, beck-online). Handelt es sich – wie hier - um die Berichterstattung über ein noch nicht abgeschlossenes Strafverfahren, so ist im Rahmen der Abwägung auch die zu Gunsten des Betroffenen sprechende, aus dem Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 III GG) folgende und in Art. 6 II EMRK anerkannte Unschuldsvermutung zu berücksichtigen (vgl. BGH GRUR 2013, 94 Rdnr. 14). Diese gebietet eine entsprechende Zurückhaltung bei der Berichterstattung (a.a.O. Rn. 19, beck-online).

In Anwendung dieser Grundsätze ist die Beschränkung der Nutzung von Laptops auf den Offlinemodus gerechtfertigt. Eine Liveberichterstattung in Form eines Live-Blogs würde dazu führen, dass einzelne Passagen einer Einlassung des Angeklagten oder einer Aussage der Zeugen veröffentlicht werden, noch bevor dem Angeklagten/Zeugen durch Nachfragen Gelegenheit gegeben worden ist, erläuternd auf bspw. missverständliche oder aufsehenerregende Äußerungen einzugehen. Gerade

in Zeiten des schnelllebigen Internets besteht die Gefahr, dass um der schnellen Nachricht willen Äußerungen aus dem Zusammenhang gerissen einzeln wörtlich wiedergegeben werden. Das Gericht muss deswegen bei der Gestaltung des Verfahrens darauf achten, dass die Aussage von Zeugen nicht wegen der Scheu vor einem unbeschränkten, unübersehbaren und unsichtbaren Zuhörer- oder Zuschauerkreis erschwert wird. Dem Angeklagten muss die Möglichkeit gegeben werden, seine Einlassungen und Erklärungen so zu gestalten, wie es das Verteidigungsinteresse erfordert. (vgl. BtDrs. a.a.O). Diese Möglichkeit würde erheblich beschränkt, wenn er damit rechnen müsste, dass jede Äußerung in dem Verfahren isoliert berichtet wird, noch ehe er seine Einlassung im Ganzen oder wenigstens zu einem bestimmten Teilaspekt vollständig gemacht hat. Es entsteht so die Gefahr einer ungewollt verzerrenden Berichterstattung, der mit der getroffenen sitzungspolizeilichen Maßnahme begegnet werden soll. Die getroffene Einschränkung greift auch nicht übermäßig in das Recht der Presse ein, da auch ein gänzlich Verbot grundsätzlich zulässig wäre (vgl. BVerfG NJW 14, 3013).

2. Zu Ziffer III.

Das Tragen einer Mund-Nasenbedeckung und die Einhaltung eines Mindestabstands sind erforderlich, um Infektionen mit dem Erreger SARS-CoV-2 vorzubeugen. Angesichts des aktuellen Infektionsgeschehens im Bundesgebiet ist derzeit von einem relativ hohen Infektionsrisiko auszugehen. Der Erreger SARS-CoV-2 führt in einer nicht unerheblichen Anzahl der Fälle zu einem potentiell tödlichen Krankheitsverlauf.

Nach derzeitiger Erkenntnislage wird SARS-CoV-2 primär über die respirative Aufnahme von virushaltigen Partikeln übertragen (Tröpfchen oder Aerosole). Das Robert-Koch-Institut als zentrale Einrichtung der Bundesregierung auf dem Gebiet der Krankheitsüberwachung und -prävention empfiehlt deswegen, dass Personen einen Abstand von mindestens 1,5 m einhalten und auf enge Interaktion verzichten (vgl. Empfehlungen des RKI, Stand 25.01.2021). Auch die derzeit gültige 11. Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung vom 15.12.2020 (BayMBI 2020, Nr. 737) orientiert sich an dieser Empfehlung. Die hier angeordneten Schutzmaßnahmen sind für einen Infektionsschutz geeignet und nach den bisherigen Erkenntnis-

sen der Virologie effektiv und tragen damit dem Grundrecht der Beteiligten und der Öffentlichkeit auf Leben und körperliche Unversehrtheit aus Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 GG Rechnung (vgl. 2 BvR 571/20).

Die Anordnung ist angesichts der drohenden Gefahren für Verfahrensbeteiligte und Zuschauer auch verhältnismäßig.

Um die Aerosolbelastung innerhalb des Sitzungssaals entscheidend zu reduzieren wird – entsprechend den Empfehlungen des RKI und dem Beschluss der Bund-Länder-Kommission vom 19.01.2021 – das Tragen von medizinischen Masken (so genannten OP-Masken) oder auch Masken der Standards KN95/N95 oder FFP2/FFP3 im Sitzungssaal angeordnet.

Diese Anordnung gilt auch für den Angeklagten, seine Verteidiger, die Nebenkläger und ihre Vertreter, die Vertreter der Staatsanwaltschaft und das Gericht einschließlich der eingesetzten Protokollanten. Die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung greift angesichts der derzeitigen Sieben-Tage-Inzidenz und des Auftretens von neuen SARS-CoV-2-Virusvarianten nicht unverhältnismäßig in die Verfahrensrechte der Beteiligten ein. Denn die verfahrensbezogene Kommunikation bleibt ohne Mund-Nasen-Bedeckung und mit Unterschreitung des Mindestabstands möglich, so dass insbesondere das Recht des Angeklagten, sich effektiv verteidigen zu können, gewahrt wird.

3. Zu Ziffer IV - VI

- a) Zur Wahrung der Interessen der Öffentlichkeit und zur Wahrung der Presse- und Rundfunkfreiheit wurden Anordnungen getroffen, mit denen die Bedingungen der Berichterstattung aus dem Sitzungssaal unter Beachtung der in § 169 GVG niedergelegten Grundsätze geregelt werden.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der jeweiligen Sitzung obliegt es dem Gerichtsvorsitzenden (§ 176 GVG), nähere Regeln für den Zugang zum Sitzungssaal und für das Verhalten in ihm zu erlassen und damit auch die Verteilung knapper Sitzplätze an Journalisten zu ordnen (BVerfG NJW 2003, 500, beck-online), wobei der Vorsitzende bei der Entscheidung über die Vergabe der reservierten Plätze einen weiten Ermessensspielraum hat (vgl. BVerfG NJW 2013, 1293, BVerfG BeckRS 2013, 50235 und BVerfG BeckRS 2014, 49615).

Soweit der Zugang von Medienvertretern durch die Sicherungsverfügung begrenzt wird, liegen den Anordnungen folgende Ermessenserwägungen zugrunde (BVerfG NJW 2020, 38):

- (1) Die Reservierung von Plätzen für Medienvertreter (vgl. VI. 2) folgt aus Nr. 125 Abs. 3 RiStBV. Danach soll das Gericht für die Presseberichterstatter im Voraus geeignete Plätze in ausreichender Zahl bereitstellen.
 - a. Im Ermittlungs- und im Zwischenverfahren war eine erhöhte Aufmerksamkeit Presse festzustellen. Die Sitzplatzreservierung ist in diesen Fällen zulässig und erforderlich (vgl. zum Ganzen MüKoStPO/Kulhanek, 1. Aufl. 2018, GVG § 176 Rn. 29).
 - b. Die reservierten Plätze stehen grds. nur akkreditierten Medienvertretern zur Verfügung. Die Beschränkung der Sitzplatzreservierung auf akkreditierte Medienvertreter ist von der sitzungspolizeilichen Befugnis des Vorsitzenden umfasst (BVerfG NJW-RR 2007, 1053, MüKoStPO/Kulhanek, 1. Aufl. 2018, GVG § 176 Rn. 30). Sie ist erforderlich, um allen Medienvertretern die gleichen Chancen auf eine garantierte Zugangsmöglichkeit zu den reservierten Plätzen zu geben. Mit der Durchführung des Akkreditierungsverfahrens wird geprüft, ob ein eingehendes Akkreditierungsgesuch von einem Medienschaffenden gestellt wurde. Der Prüfung der journalistischen Betätigung von Personen, die sich auf die reservierten Plätze bewerben, kann aus organisatorischen Gründen nicht erst am Sitzungstag erfolgen. Zur Prüfung eines Gesuchs können im Einzelfall Ermittlungen nötig sein. Dies gilt insbesondere für ausländische Medienvertreter oder Vertreter von Online-Angeboten, deren journalistisches Schaffen nicht offensichtlich ist. (vgl. zur Journalisteneigenschaft von Bloggern: VGH München, Beschluss vom 27.01.2017, 7 CE 16.1994, VG Augsburg, Beschluss vom 31.05.2016, ZD 2016, 548, beck-online, BeckOK InfoMedienR/Lent, 27. Ed. 1.11.2020, MStV § 18 Rn. 9). Diese - zur Wahrung des Gleichheitsgrundsatzes notwendige - Überprüfung kann angesichts des erwarteten Medienandrangs nicht erst am Sitzungstag erfolgen. Nur an den Tagen, an denen die reservierten Plätze nicht vollständig von akkreditierten Journalisten besetzt werden, können auch Medienver-

treter, deren journalistische Betätigung überprüfbar ist, auf die reservierten Plätze vorgelassen werden (vgl. VI.2., VI.5.).

Um zu garantieren, dass sämtliche Interessenten die gleichen Zugangschancen haben, ist eine Nachakkreditierung nicht möglich.

- c. Für die reine Saalöffentlichkeit stehen mindestens 50 % der vorhandenen Plätze zur Verfügung. Damit wird dem in § 169 Abs. 1 Satz 1 GVG niedergelegten Öffentlichkeitsgrundsatz Rechnung getragen. (vgl. Kulhanek in MüKoStPO, 1. Aufl. 2018, GVG § 176 Rn. 31).

Die Anzahl der Zuschauerplätze wurde angesichts der vom RKI gemachten Empfehlungen zum Umgang mit dem Erreger SARS-CoV-2 auf 13 Personen beschränkt. Damit können derzeit 6 Plätze für Medienschaffende reserviert werden.

- d. Die Sitzplatzvergabe (Ziffer VI.2 - 9.) erfolgt nach der Reihenfolge des Erscheinens. Für diese Entscheidung ist ermessensleitend, dass alle akkreditierten Medienvertreter bei der Sitzplatzvergabe die gleichen Chancen haben sollen (vgl. BVerfG NJW 2013, 1293 (1294)).

Änderungen der Zugangsregelungen bleiben vorbehalten. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass sich die 7-Tagesinzidenz der Coronainfektionen wesentlich verändert oder im Akkreditierungsverfahren ein besonders großer Medienandrang erkennbar wird, so dass eine Sitzplatzvergabe erforderlich wird.

- (2) Der Ausschluss von Ton-, Film- und Bildaufnahmen (Ziffer III.8.) nach Aufruf der Sache beruht auf § 169 Satz 2 i.V. mit § 176 GVG (vgl. BVerfG NJW 2001, 1633, beck-online).

Ton-, Film- und Bildaufnahmen werden jeweils für 15 Minuten bis zum Beginn der Sitzung mit folgender Maßgabe gestattet:

- a. Ton-, Film und Bildaufnahmen können – außerhalb der Hauptverhandlung - i.d.R nicht generell untersagt werden, da Anordnungen des Vorsitzenden nach § 176 GVG, mit denen die Anfertigung von Bild- und Fernsehaufnahmen vom Geschehen im Sitzungssaal am Rande der Hauptverhandlung Beschränkungen unterworfen wird, Eingriffe in den Schutzbereich der Pressefreiheit aus Art. 5 I 2 GG darstellen (vgl. BVerfG NJW 2014, 3013, Rn. 16 ff

beck-online). Eine Beschränkung der Pressefreiheit bedarf konkreter, auf Gesichtspunkte der Sitzungsleitung bezogener Gründe zum Schutz des Angeklagten und der sonstigen Verfahrensbeteiligten, eines ungestörten Verlaufs der Sitzung oder der Bedingungen für eine ungestörte Wahrheits- und Rechtsfindung. (BVerfG a.a.O.). Gründe, die ein generelles Verbot von Ton-, Film- und Bildaufnahmen rechtfertigen könnten, liegen nicht vor.

- b. Die Fertigung von Ton-, Film und Bildaufnahmen wird nur akkreditierten Medienvertretern gestattet. Zur Begründung wird auf zu Ziffer IV-VI 1.b. der Gründe verwiesen.
 - c. Den akkreditierten Medienvertretern werden Ton-, Film- und Bildaufnahmen nur im Rahmen eines Pools gestattet. Die Ordnungsgewalt des Vorsitzenden umfasst die Befugnis, nähere Regeln für den Zugang zum Sitzungssaal und für das Verhalten in ihm zu erlassen. Dies schließt auch nähere Regeln für die Verteilung knapper Platzkapazitäten an Journalisten ein (vgl. BVerfG, NJW 2003, 500). Diese können auch die Vorgabe einer so genannten Pool-Lösung umfassen, bei der aus dem Kreis der Teilnahmeinteressenten eine beschränkte Anzahl so genannter Poolführer für eine Anwesenheit bei der Sitzung benannt wird (vgl. BVerfGE NJW-RR 2008, 1069, beck-online, BVerfG NJW 2017, 798, beck-online; EGMR BeckRS 2016, 3402, beck-online; Kulhanek in MüKoStPO, 1. Aufl. 2018, GVG § 176 Rn. 36).
 - d. Die Anordnung eines Pools ist erforderlich, da mit einem sehr großen Medienandrang gerechnet wird. Von der Bildung eines Pools kann deswegen nur abgesehen werden, sofern sich – wider Erwarten – weniger Medienvertreter akkreditieren sollten (vgl. Ziff. I.3.).
 - e. Die Poolführer haben sich zu verpflichten, den Poolteilnehmern unverzüglich gefertigtes Bildmaterial zu überlassen. Nur so kann gewährleistet werden, dass alle akkreditierten Medienvertreter ausreichend Zugang zu Bildmaterial erhalten.
- b.) Dem Anonymisierungsgebot liegen folgende Erwägungen zu Grunde: Bei Einschränkungen der Pressefreiheit ist deren Bedeutung Rechnung zu tragen und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Bei der Ermessensausübung sind einerseits die Pressefreiheit und andererseits der Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts der Beteiligten, aber auch der Anspruch der Beteiligten auf ein faires

Verfahren sowie die Funktionstüchtigkeit der Rechtspflege, insbesondere die ungestörte Wahrheits- und Rechtsfindung zu beachten.

Das Recht des Angeklagten, durch Bildveröffentlichungen nicht vorverurteilt zu werden, ist folglich abzuwägen gegen das öffentliche Informationsinteresse und die Freiheit der Bildberichterstattung. Diese Abwägung führt dazu, dass im oben dargestellten Umfang Ton-, Film- und Bildaufnahmen zuzulassen sind, jedoch ohne identifizierende Bildveröffentlichung des Angeklagten. Denn der Informationsbedarf des Publikums und der Öffentlichkeit wird durch das Gebot der Anonymisierung nicht wesentlich eingeschränkt. Im Übrigen hat das gegenständliche Verfahren auch die Unterbringung des Angeklagten in einem psychiatrischen Krankenhaus nach § 63 StGB zum Gegenstand. Nach der Wertung des Gesetzgebers, der in § 171a GVG sogar den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Hauptverhandlung zulässt, haben in diesem Fall die schutzwürdigen Persönlichkeitsinteressen des Angeklagten besonderes Gewicht.

Ein besonderes Informationsinteresse der Öffentlichkeit an identifizierenden Bildveröffentlichungen von Nebenklägern und Zeugen ist nicht ersichtlich.

Bösl

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht

Anhang:

Sitzungsplan

Ort: **Sitzungssaal A101**

Beginn: **09:15 Uhr**

<u>Wochentag</u>	<u>Datum</u>
Donnerstag	2. März 2021
Dienstag	9. März 2021
Donnerstag	11. März 2021
Montag	15. März 2021
Freitag	19. März 2021
Montag	22. März 2021
Donnerstag	25. März 2021
Freitag	26. März 2021
Donnerstag	15. April 2021
Freitag	16. April 2021
Freitag	23. April 2021
Montag	26. April 2021
Donnerstag	29. April 2021
Freitag	30. April 2021
Montag	3. Mai 2021
Donnerstag	6. Mai 2021
Freitag	7. Mai 2021
Montag	31. Mai 2021
Dienstag	1. Juni 2021
Mittwoch	2. Juni 2021
Montag	7. Juni 2021
Donnerstag	10. Juni 2021

Freitag	11. Juni 2021
Montag	14. Juni 2021
Donnerstag	17. Juni 2021
Freitag	18. Juni 2021
Montag	21. Juni 2021
Donnerstag	24. Juni 2021
Montag	5. Juli 2021
Donnerstag	8. Juli 2021
Freitag	9. Juli 2021
Montag	12. Juli 2021
Donnerstag	15. Juli 2021
Freitag	16. Juli 2021
Montag	19. Juli 2021
Donnerstag	22. Juli 2021
Freitag	23. Juli 2021
Montag	26. Juli 2021
Donnerstag	29. Juli 2021
Freitag	30. Juli 2021
Montag	23. August 2021
Donnerstag	26. August 2021
Freitag	27. August 2021
Dienstag	31. August 2021